

Simulative Demokratie – Ein Gespräch mit Ingolfur Blühdorn

Herr Blühdorn, Sie sind Autor des im April im Suhrkamp Verlag erschienenen Buches „Simulative Demokratie“. Es heißt immer, die Klagen über die Demokratie seien so alt wie die Demokratie selbst. An Krisendiskursen und Diagnosen über die Unzulänglichkeiten der Demokratie mangelt es jedenfalls nicht. Warum haben Sie sich dennoch dazu entschlossen, eine neue Charakterisierung der Demokratie zu entwerfen?

Die Demokratie gibt es ja nicht, und es hat sie nie gegeben. Vielmehr gibt es eine Vielzahl von recht unterschiedlichen und immer neuen Versuchen, demokratische Normen, also Vorstellungen davon, wie ein demokratisches Gemeinwesen aussehen sollte, in politische Institutionen und politische Praxis umzusetzen. Und diese normativen Vorstellungen sind ihrerseits nicht nur sehr vielfältig, sondern sie sind auch sehr veränderlich. Entsprechend stellt sich die Aufgabe, das in bestimmten politischen Gemeinschaften jeweils vorherrschende Verständnis von Demokratie auszuloten, die politischen Realitäten an den sich wandelnden demokratischen Normen zu messen, möglicherweise selbst Krisendiagnosen zu stellen und auf jeden Fall bereits vorhandene Krisendiskurse zu kartieren, erklären und zu bewerten immer wieder neu. Gegenwärtig ist das besonders wichtig, weil das, was im öffentlichen Diskurs so zum Zustand der Demokratie gesagt wird, aus sozialwissenschaftlicher Sicht häufig recht dürftig ist.

Damit sind wir schon beim Thema. In Ihren Texten, nun auch in Ihrem aktuellen Buch, vertreten Sie eine den Krisendiskursen gegenüber skeptische Position. Demokratie sollte nicht nach normativ anzustrebenden Idealen analysiert werden. Sie vertreten den Anspruch, eine gewissermaßen realistisch beschreibende Gegenposition einzunehmen. Warum wählen Sie diesen Standpunkt?

Niklas Luhmann hat den Begriff der *soziologischen Aufklärung* geprägt. Er beschrieb damit das Bemühen, die nicht zur Diskussion gestellten Annahmen und normativen Grundlagen sichtbar zu machen, die den gängigen Gesellschaftsbeschreibungen, Problemdiagnosen und Handlungsanweisungen zugrunde liegen. Dieses Programm der soziologischen Aufklärung halte ich für sehr wichtig. Dabei muss man klar festhalten: An der politischen Kampagne für mehr Demokratie, mehr Umweltschutz oder mehr Nachhaltigkeit ist eigentlich überhaupt nichts falsch oder gar verwerflich. Im Gegenteil, angesichts der erdrückenden Macht des angeblich Alternativlosen, des ungehindert fortschreitenden Naturverbrauchs, der zunehmenden sozialen Ungleichheit oder der (un)heimlichen Sicherheits- und Überwachungsapparate, die zu deren Management aufgebaut und unterhalten werden, sind solche Kampagnen bitter nötig.

Allerdings gibt es weder einen Mangel an praktischen Handlungsanweisungen, Problemlösungsvorschlägen oder Politikberatern, die sich mit diesen Missständen beschäftigen, noch zu wenig gute Vorsätze und Bekenntnisse zu demokratischen, sozialen oder ökologischen Werten. Anders gesagt, die normativen Forderungen und politischen Kampagnen rennen gewissermaßen offene Türen ein. Die Probleme werden ja von kaum jemandem bestritten! Und da ist die eigentliche Frage, warum trotz der vielen guten

Vorschläge und allenthalben wiederholten Selbstverpflichtungen zu Demokratie und Nachhaltigkeit, die faktische Entwicklung gleichwohl immer schneller in die genau entgegengesetzte Richtung geht.

Genau hier, in diesem Widerspruch, liegt der Aufklärungsbedarf! Gebraucht werden also zunächst einmal nicht weitere normative Appelle und Reformvorschläge – davon gibt es reichlich –, sondern leistungsfähige Theoriemodelle, die uns erklären, warum die vielen Appelle, Reformvorschläge, Bekenntnisse, sowie die gängigen Problemformulierungen und gesellschaftlichen Selbstbeschreibungen nicht greifen. Hier hilft, wenn überhaupt irgendetwas, nur soziologische Aufklärung. Aus diesem Bemühen heraus habe ich sowohl meine Theorie der *Politik der Nicht-Nachhaltigkeit* als auch mein Modell der *simulativen Demokratie* entwickelt.

In Ihrer Diagnose stechen neben den bekannten Begrifflichkeiten aus anderen einflussreichen Zeitdiagnosen einige weitere zentrale Begriffe heraus. Insbesondere die „postdemokratische Wende“ nimmt eine Schlüsselfunktion ein. Was hat es denn mit dieser postdemokratischen Wende auf sich – und was unterscheidet sie von Colin Crouchs Begriff der Postdemokratie?

Der Begriff der postdemokratischen Wende beschreibt als Hilfs- oder Zwischenbegriff einen Prozess des gesellschaftlichen Wertewandels. Im Zuge dieses Wertewandels haben sich die vorherrschenden Wertepräferenzen so verändert, dass dem partizipatorisch-demokratischen Projekt der *neuen Politik* oder *echten Bürgerdemokratie*, wie die sozialen Bewegungen der 1970er und frühen 1980er Jahre es formuliert hatten, gewissermaßen die Grundlage wegbricht. Stattdessen hat sich ein neues Verständnis von Demokratie inklusive dazugehöriger Institutionen und Diskurse etabliert.

Der Wandel von gesellschaftlichen Wertorientierungen ist also zentral; und der Begriff der postdemokratischen Wende geht davon aus, dass solche Wertepräferenzen immer eng verbunden sind mit dem jeweils vorherrschenden Verständnis von Individualität und Identität. Die traditionelle Moderne versteht das Individuum als frei, souverän, autonom. Es ist ausgestattet mit einer unantastbaren Würde und unveräußerlichen Rechten. Dieses spezifische Verständnis des Individuums als *Subjekt* war freilich immer an bestimmte Grundlagen gekoppelt und mit sehr hohen Anforderungen der Selbstdisziplin verbunden. Kant hat das mit seiner Pflichtethik, der Lehre vom kategorischen Imperativ und seinem berühmten Programm des *Auszuges aus der selbst verschuldeten Unmündigkeit* sehr deutlich hervorgehoben. Die Vordenker der neuen sozialen Bewegungen standen mit ihrem *Prinzip Verantwortung*, ihren *ökologischen Imperativen* und ihrer altruistischen *Gemeinwohlverpflichtung* noch fest in dieser Tradition. Doch vor dem Hintergrund veränderter gesellschaftlicher Verhältnisse werden diese Normen, auf denen die Bewegungsideale einer *wahren Demokratie*, einer befreiten Gesellschaft und einer versöhnten Natur noch unerschütterlich gründeten, heute anders wahrgenommen. Sie erscheinen nun als verkrampft, ideologisch, moralinsauer, fundamentalistisch. Sie werden zum Hindernis, zur unerträglichen Belastung und zunehmend als ungerechtfertigte persönliche Einschränkung erfahren, die die wahre Freiheit und Selbstverwirklichung blockieren. Das führt dann zu dem Bedürfnis, sich von diesen Normen zu befreien, diese Belastungen abzuschütteln, diesen *Ballast* der alten Subjektivität abzuwerfen.

Sie wollen aber nicht behaupten, dass die Bürger gleichzeitig mit diesem altem Verständnis von Subjektivität auch ihren Anspruch auf Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung aufgegeben hätten?

Nein, keineswegs! Im Gegenteil: Es ist ja gerade der Wunsch nach mehr Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, der nun dafür sorgt, dass wir uns aus der Enge des traditionellen Subjektbegriffs zu „emanzipieren“ versuchen. In meinem Buch beschreibe ich das als *Emanzipation zweiter Ordnung*.

Wenn man nun weniger stark aus der Perspektive des Individuums denkt, könnte man auch sagen, dass im Zuge der fortschreitenden gesellschaftlichen Entwicklung die spezifisch modernistischen Grundlagen des etablierten Demokratieideals zerfallen. Die Idee des bürgerlichen Subjekts war eine davon, aber es gibt natürlich noch andere wie z.B. die nationalstaatliche Ordnung und Souveränität oder auch die Verfügbarkeit von natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen, die Wohlstand ermöglichen und Verteilungsspielräume schaffen. All dies sind unverzichtbare Grundlagen, auf denen das Projekt der Demokratie beruht, die sich aber im Zuge der fortschreitenden Modernisierung auszehren. Wenn nun diese Grundlagen immer brüchiger werden, dann zerfällt entweder die Demokratie überhaupt oder es bildet sich eine neue Erscheinungsform der Demokratie heraus. Letzteres ist sehr viel wahrscheinlicher. Denn erstens geben moderne Bürger ihren Anspruch auf Freiheit und Selbstbestimmung ja keineswegs auf, sondern definieren ihn lediglich neu, und zweitens braucht der Kapitalismus die Demokratie, die ja bekanntlich die *denkbar beste politische Hülle* für seine Entfaltung ist.

Jacques Rancière, Slavoj Žižek, Colin Crouch und viele andere, die vom Ende der Demokratie oder der Postdemokratie sprechen, berücksichtigen weder das Abschmelzen der spezifisch modernen Grundlagen des etablierten Demokratieideals in ausreichendem Maße, noch auch die Wandelbarkeit demokratischer Normen. Ihr Begriff der Postdemokratie zielt auf die zunehmende Macht wirtschaftlicher und politisch-administrativer Eliten, die die Herrschaft an sich reißen und international die Lebensverhältnisse der Menschen so weit bestimmen, dass das hergebrachte Verständnis von bürgerlicher Freiheit und Selbstbestimmung fundamental ausgehebelt wird. Damit werden natürlich ganz wichtige Aspekte der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung angesprochen, aber diese populären Beschreibungen greifen wesentlich zu kurz.

Was genau wird hier denn ausgeblendet?

Was fehlt ist der wichtige Gedanke, dass die sogenannte Postdemokratie eben auch als emanzipatorische Errungenschaft betrachtet werden kann! Crouch und viele andere Kritiker kämpfen für eine Erneuerung, eine Wiederbelebung der Demokratie, ohne zu berücksichtigen, dass die *wahre Demokratie* nach dem Zerfall ihrer spezifisch modernen Grundlagen erstens gar nicht möglich, und zweitens für moderne Bürger auch gar nicht uneingeschränkt erstrebenswert ist. Und sie erkennen auch nicht, dass die Demokratie mitnichten tot, sondern im Gegenteil sehr lebendig ist: Schließlich haben Bekenntnisse zu demokratischen Werten Hochkonjunktur, und moderne Bürger verlangen lautstärker denn je nach *mehr Demokratie* – was immer damit im jeweiligen Fall gemeint sein mag. Im Gegensatz zu diesem populären Diskurs, der vor allem überkommene demokratische Normen artikuliert und bekräftigt, sind meine Überlegungen zur postdemokratischen Wende eher von dem wissenschaftlichen Interesse getragen, den Wandel demokratischer Werte und Selbstverständnisse auszuleuchten.

Nun sind wir endgültig beim zentralen Aspekt ihrer Theorie, der simulativen Demokratie, angelangt. Was ist das, die simulative Demokratie? Wie läuft die Simulation ab und was wird hier eigentlich simuliert?

Die simulative Demokratie ist das, was ich oben angedeutet habe: die sich derzeit herausbildende neue Erscheinungsform der Demokratie. Sie trägt dem Widerspruch Rechnung, dass moderne Bürger sich einerseits von vielen Verpflichtungen und Normen, die mit dem früheren Demokratieideal einhergingen, befreien wollen, weil sie in den heutigen lebensweltlichen Realitäten als Zumutung empfunden werden. Gleichzeitig werden die Bürger in ihren Ansprüchen und Erwartungen bezüglich ihrer Selbstbestimmung und Freiheit aber immer kompromissloser. Diesen Widerspruch zwischen der abnehmenden Fähigkeit und Bereitschaft, sich von den Normen der Demokratie in die Pflicht nehmen zu lassen und dem sich radikalierenden Anspruch auf Autonomie bezeichne ich als *postdemokratische Paradox*. Dieses Paradox lässt sich nicht auflösen, aber es muss politisch bewältigt, lebensweltlich und gesellschaftlich erträglich gemacht werden. Und die wesentliche Bewältigungsstrategie, die sich zu diesem Zwecke herausbildet, ist eben die Simulation. Sie hat ihren Ort in einer Vielzahl kommunikativer und politisch-administrativer Verfahrensweisen, die bei Bedarf als Beweis für die Gültigkeit und praktische Relevanz demokratischer Werte und Normen verstanden werden können, die aber gleichzeitig das weitgehend entpolitisierte, von angeblich alternativlosen Imperativen geleitete und vor allem nach Kriterien der marktwirtschaftlichen Effizienz organisierte Management gesellschaftlicher Belange nicht wesentlich behindern.

Ein einfaches und im Moment aktuelles Beispiel sind vielleicht die Wahlen zum deutschen Bundestag. Hier handelt es sich um ein Ritual, bei dem kaum unterscheidbare Parteien und Programme gegeneinander antreten...

Halt, halt, die Wahlprogramme etwa von der FDP und der LINKEN unterscheiden sich doch ganz erheblich!

Sicher, aber gemessen etwa an dem, was erforderlich wäre, um die viel beschworenen Ideale der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit tatsächlich umzusetzen, sind die Unterschiede marginal. Und es ist deswegen auch klar, dass das Wahlergebnis selbst im Falle eines Austausches der Regierungseliten für den praktischen Verlauf der Politik weitgehend konsequenzlos bleiben wird. Gleichzeitig ist uns diese Wahl aber doch die wohl wichtigste Rückversicherung, dass wir in demokratischen Verhältnissen leben.

Im gleichen Sinne könnte man auch die verbreitete Klage über die Krise der Demokratie und die populären Diskurse der Postdemokratie als ritualisierte Beschwörung demokratischer Normen verstehen, die wir eigentlich längst über Bord geworfen haben, die wir gleichzeitig aber doch auch nicht aufgeben wollen. Auch die mediale Aufregung über die NSA-Affäre sowie die Empörung über die befremdliche Apathie, die wesentliche Teile der Gesellschaft diesbezüglich zeigen, können in diesem Sinne als Simulation gewertet werden. Auch hier geht es darum, demokratische Werte diskursiv erfahrbar zu machen und zu bestätigen, die einerseits als unverzichtbar, gleichzeitig aber auch als Behinderung erfahren werden.

Simuliert wird hier überall die uneingeschränkte Gültigkeit von Normen und Idealen der traditionellen Moderne, die sich im Zuge der fortschreitenden Modernisierung „überlebt“ haben, an denen aber doch auch festgehalten werden soll. Praktiken der Simulation bieten Bürgern und Institutionen die Möglichkeit, sich selbst als autonome Subjekte und überzeugte Demokraten zu erfahren und zu präsentieren. Sie bieten die Möglichkeit sich zu vergewissern, dass gesellschaftliche Belange nach der Richtschnur demokratischer Werte organisiert und gestaltet werden, dass die Politik gegenüber den sogenannten Systemimperativen weiterhin die Oberhand hat – auch wenn unübersehbar ist, dass das Gegenteil nicht nur ebensogut der Fall, sondern auch durchaus gewünscht ist.

Ist Simulation also ein Herrschaftsinstrument?

Ja, aber ganz entscheidend ist, dass es hier nicht einfach um die Täuschung der machtlosen Massen durch die Eliten geht, sondern dass Praktiken der Simulation von einer breiten Koalition gesellschaftlicher Akteure getragen werden, denen allen die paradoxe Erfahrung gemein ist, dass ihnen demokratische Normen gleichermaßen lästig und unverzichtbar sind. Tatsächlich gilt, mit Udo Lindenberg zu sprechen, für die Simulation und im Gegensatz zur älteren *symbolischen Politik*: *Wir brauchen keinen Führer; nein, wir könn's jetzt auch alleine!* Dieser DIY-Charakter ist der Kern dessen, was ich als *post-democratic governance* bezeichne. Hier gibt es noch erheblichen Forschungsbedarf, mit dem der sozialwissenschaftliche Mainstream und seine Geldgeber sich naturgemäß etwas schwer tun. Im Göttinger Institut für Demokratieforschung zum Beispiel wären aber in diese Richtung zielende Forschungsprojekte sehr gut anschlussfähig. Sie könnten hier eine natürliche Heimat finden.

Welche Rolle spielt hier das veränderte Identitätsverständnis moderner Bürger, das Sie eben ansprachen. Sie behaupten, dass viele Bedürfnisse der heutigen Menschen sich viel besser über den Markt als durch die Demokratie befriedigen ließen. Überhaupt würden Identitäten erst durch den Markt herausgebildet. Wie haben wir uns das vorzustellen?

Tatsächlich sind die Identitätsbedürfnisse heutiger Menschen und ihre Vorstellungen von Selbstverwirklichung ganz andere als die, die zum Beispiel noch für die neuen sozialen Bewegungen der 1970er Jahre tonangebend waren. Verändert hat sich unter anderem, dass heutige Bürger ein sehr viel pluraleres und flexibleres Identitätsverständnis haben und auch sehr viel toleranter sind, wenn es um Widersprüchlichkeiten und Veränderlichkeiten ihrer Identität geht. Überhaupt sind die Grundelemente, aus oder mit denen eine solche Identität gebildet wird, heute ganz andere. Die bürgerliche Tradition ging davon aus, dass eine Identität sich ganz wesentlich aus den natürlichen Anlagen und den sogenannten inneren Werten bildet. Auch für die neuen sozialen Bewegungen war ein wesentlicher Teil des emanzipatorischen Programms, dass die eigene Identität eben nicht mehr durch die Herkunft bzw. das soziale Milieu vorgezeichnet und nach Maßgabe gesellschaftlicher Zwänge ausgeformt, sondern vielmehr frei gewählt und selbstbestimmt entfaltet werden sollte. Entscheidend war da, das Ureigene zu finden, das nicht von außen vorgegeben war, es selbstbestimmt zu entwickeln und dabei vor allen verzerrenden Außeneinflüssen nach Kräften zu schützen. Zu den schlimmsten Feinden gehörten dabei Markt und Konsum. Sie galten als Teufelszeug, das mit seiner Äußerlichkeit, Vergänglichkeit und Verführungskunst das wirklich Eigene verwässern und verdrängen und die Ausbildung der inneren Werte und wahren Identität blockieren. Natürlich hat der Konsum von Statussymbolen immer eine Rolle gespielt, aber die Verwirklichung des authentischen Selbst und der wahren Identität war eben nur jenseits von Markt und Konsum vorstellbar.

Diese Vorstellungen haben gerade die so genannten gesellschaftlichen Leitmilieus heute längst hinter sich gelassen. Das Shoppen ist uns in modernen westlichen Gesellschaften zur liebsten Beschäftigung geworden; *retail therapy* ist eine beliebte Strategie gegen Stress, Langeweile oder die unerfüllte Sehnsucht nach Anerkennung. Und Kaufhandlungen sind eben auch zum wesentlichen Mittel der Identitätskonstruktion und Selbsterfahrung geworden.

Der Boom bei Bio- und Lifestyle-Produkten zeigt das deutlich...

Zum Beispiel. Diese Umstellung der Muster der Identitätsbildung und Selbsterfahrung hat ihre Ursache zum einen darin, dass die hohe Komplexität und Veränderungsdynamik der Lebenswelt die Ausbildung von Identität im traditionellen Sinne strukturell gar nicht mehr erlauben. Zum anderen hat sich der Markt alle nur denkbaren Lebensbereiche und Betätigungsfelder so weit erschlossen, dass es kaum noch eine Beschäftigung, einen Tätigkeitsbereich gibt, in dem das Individuum in seinem Denken und Handeln nicht von den zur Verfügung stehenden Produktpaletten und ökonomischen Erwägungen bestimmt wäre. In jüngerer Zeit hat auch die Politik diese Entwicklung beschleunigt: Sie hat viele Lebensbereiche und gesellschaftliche Angelegenheiten, die zuvor dem Staat unterstellt und gegenüber der Logik der Ökonomie geschützt gewesen waren, entpolitisiert und an den Markt übertragen.

Dann ist es eben auch klar, dass die Bürger, im gleichen Maße, wie ihre Identitätskonstruktion und Selbsterfahrung zu einer Frage von Konsumhandlungen werden, ein *ureigenes* Interesse am effizienten Funktionieren des Marktes entwickeln. Denn nur ein sehr geringer Teil ihrer Persönlichkeit und ihres Lebens sind ja noch vom Markt unabhängig. Die altbekannte Tatsache, dass marktwirtschaftliche Effizienz und Demokratie nicht leicht zur Deckung zu bringen sind – denn was demokratisch ist, ist in aller Regel nicht sonderlich effizient, und was effizient ist, ist in aller Regel nicht sonderlich demokratisch – wird so zum ganz persönlichen Problem. Natürlich will man sich selbst als demokratisches und autonomes Subjekt verstehen und behandelt sehen, und man will auch in einer Gesellschaft leben, die nach demokratischen Normen organisiert ist. Aber man will eben auch, und zwar angesichts der vorherrschenden Selbstverwirklichungsmuster *dringender denn je*, dass die gesellschaftlichen Institutionen ein Höchstmaß an Effizienz erzielen. Das maximiert nicht nur die eigene Kaufkraft, und damit die eigenen Möglichkeiten der Identitätskonstruktion und Selbsterfahrung, sondern das ist gerade angesichts der inzwischen völlig unübersehbaren Grenzen des Wachstums ein kategorischer *Imperativ* der heute dominanten Identitätsverständnisse. Allzu demokratische Verfahren behindern demgegenüber eher die Effizienz und wirken als unangenehmer Kostenfaktor.

Aber könnte die Ausgestaltung einer Identität auf konsumistischem Weg nicht auch gerade als Beweis eines stabilen Identitätskerns gewertet werden? Und weil Sie doch selbst Slavoj Žižek ins Spiel gebracht haben: Žižek würde doch gerade diese Entwicklung, also gewissermaßen die konsumistische Selbstbestimmung bei gleichzeitigem Rückgang demokratischer Mitspracherechte, als einen Schritt hin zum autoritären Kapitalismus chinesischer Prägung werten. Der Anspruch den Sie oben formulieren, dass der Kapitalismus die Demokratie brauchen würde, ist da keineswegs mehr zwingend. Warum werten Sie diese Entwicklungen so anders?

Tatsächlich kann jede Einkaufshandlung als Artikulation von subjektiver Freiheit, von Werten und von Identität interpretiert werden. Denn erstens wird die Kaufhandlung ja von einem vorgängigen Bedürfnis stimuliert, und zweitens kommen bei jeder Entscheidung zwischen verschiedenen Produktoptionen ja immer subjektive Normen als Entscheidungskriterien zum Einsatz, die wiederum auf das Vorhandensein einer Identität schließen lassen. Genau aus diesem Grunde eignet sich das Shopping auch als Tätigkeit der Selbstdarstellung und Selbsterfahrung. Allerdings werden hier stillschweigend eine ganze Reihe von Annahmen gemacht, von denen wir eigentlich genau wissen, dass sie nicht tragfähig sind. Erstens: Nur in seltenen Fällen geht das Bedürfnis dem Produkt voraus, vielmehr wird es meist erst vom Markt geweckt. Zweitens: Die Auswahl zwischen Produkten ist keineswegs frei, sondern bewegt sich innerhalb eines sehr schmalen, vom Markt abgesteckten Spektrums. Drittens: Die Kriterien der Auswahl sind keineswegs frei bestimmt, sondern ihrerseits vom Markt bzw. vom Marketing vorbuchstabiert. Viertens: die in verschiedenen Kaufentscheidungen zum

Tragen kommenden Auswahlkriterien sind weder stabil noch konsistent, d.h. sie fügen sich in ihrer Summe nicht zu einer *Identität* zusammen.

Tatsächlich artikuliert der Konsum also nur selten eine vorher bestehende Identität, sondern simuliert ihre Existenz. Das Shopping macht Subjektivität und Identität *erfahrbar*, ohne dass diese zur Verpflichtung würden. Weil sich diese Selbsterfahrung kaum über den Kaufakt hinaus stabilisieren lässt, muss sie in Konsumhandlungen stetig erneuert werden. Gerade deswegen sind die Ideen der Subjektivität, Individualität und Identität für den Kapitalismus eine so wichtige Ressource.

Wenn Žižek vom autoritären Kapitalismus spricht, hat er insofern völlig recht, als unsere heutigen liberalen Konsumentendemokratien sich ja tatsächlich sehr weit von den bürgerlich-modernen Normen der Demokratie entfernt haben. Außerdem können die Maßnahmen und Strukturen, die den ja ganz offenkundig weder sozial, noch ökologisch, politisch oder wirtschaftlich nachhaltigen Kapitalismus sichern und stabilisieren, nur als totalitär beschrieben werden. Aber erstens kann der Kapitalismus nur so lange und in dem Maße als autoritär und totalitär angeprangert werden, wie die dabei mobilisierten Normen gesellschaftlichen Rückhalt beanspruchen können und auch jenseits der Emanzipation zweiter Ordnung noch normative Kraft haben. Zweitens widerlegt diese Diagnose nicht die These von der engen Verbindung zwischen Kapitalismus und Demokratie: Der Kapitalismus braucht die unbehinderte Entfaltung der privaten Bedürfnisse, die Ausdifferenzierung der Identitäten und Lebensstile, den freien und vielseitigen Konsumenten. Die Demokratie bietet dafür den besten vorstellbaren politischen Rahmen. Und die simulative Demokratie ist zweifellos die aus dieser Perspektive bisher leistungsfähigste Erscheinungsform der Demokratie. Kaum verwunderlich also, dass (nicht nur) die USA zu allen erdenklichen Mitteln des totalitären Überwachungsstaates greifen, um die (simulative) Demokratie zu verteidigen.

Sie haben nun sehr eindrücklich dargelegt, dass die simulative Demokratie das folgerichtige Ergebnis der beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklungen ist. Aber wie fällt ihr normatives Urteil zu ihr aus?

Es gibt sehr gute Gründe, diese heutige Erscheinungsform der Demokratie heftig zu kritisieren. Aber das etablierte Lamento und die bekannten normativen Appelle tragen, wie gesagt, vor allem zur Befestigung der simulativen Demokratie bei, nicht zu ihrer Veränderung. Wenn es uns als Sozialwissenschaftlern und Demokratietheoretikern um mehr geht, als zu den oben angesprochenen Simulationsdiskursen beizutragen, d.h. also, unsere postdemokratischen Demokratiebedürfnisse zu bedienen, dann sind wir gut beraten, die heutige Erscheinungsform der Demokratie auch als eine *emanzipatorische Errungenschaft* zu betrachten. Nur dann werden wir erkennen, dass und warum es weder ein Zurück zu einem vermeintlich besseren und demokratischeren Früher geben wird, noch so ohne weiteres ein Vorwärts zur *wahren* Demokratie. Wenn es die Möglichkeit zu einer Veränderung überhaupt gibt, dann wohl nur, indem wir im Detail auszubuchstabieren versuchen, welche Implikationen die gegenwärtige Form der Demokratie hat, was ihre zentralen Werte sind, wohin ihre innere Logik sie treibt. Das ist das Ziel, das ich mit meiner Analyse der Politik und *governance* der Nicht-Nachhaltigkeit verfolge. Eine solche möglichst genaue Analyse setzt vielleicht politische Energien frei, die ein Veränderungspotenzial haben. Ich glaube nicht, dass man diese Energien bewusst in bestimmte politische Richtungen leiten kann. Aber auch wenn sie in ihrer Stoßrichtung weitgehend unkalkulierbar bleiben, sind solche Energien wohl der einzige Weg, die gegenwärtigen Arrangements noch aufzubrechen und politisch neu zu gestalten, bevor sie – wahrscheinlich mit unvorstellbarer Gewalt – in sich selbst zusammenbrechen.

An unserem Institut gibt es unter anderem ein Projekt zur Kinderdemokratie. Herr Blühdorn, wenn Ihre Diagnose zutrifft, was erzählen wir den Kindern nun, wie die Demokratie funktioniert? Sollen wir ihnen erklären, die Demokratie sei nur dafür da, dass sie sich einbilden, dass sie so sind, wie sie gerne wären?

Das ist eine sehr wichtige Frage, und sie stellt sich keineswegs nur im Umgang mit Kindern, sondern ebenso im Gespräch mit Schülern, Studierenden und allen anderen, bei denen das Bürgerschaftsverständnis, die Wertorientierungen, die Identität noch in Bewegung und formbar sind. Als Lehrer und Pädagogen stehen wir vor der Aufgabe, den nachwachsenden Generationen praktische Anleitung für ein erfolgreiches Leben in den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen vermitteln zu müssen. Aus dieser Perspektive kann man nur maximale Flexibilität, Innovationsbereitschaft und marktorientierte Denkweise empfehlen, also dass sich die jungen Menschen von jenen Pflichten und Einschränkungen frei machen, die mit dem traditionelleren Identitäts-, Subjektivitäts- und Bürgerschaftsverständnis einhergingen, und auf denen das ältere Ideal der Demokratie unverzichtbar beruhte. Andererseits wollen wir unsere Kinder und Studenten aber auch anleiten, gerade diese hegemonial vom Markt bestimmten gesellschaftlichen Gegebenheiten kritisch in Frage zu stellen und ihnen Mittel an die Hand geben, sie zu verändern. Anders als zum Beispiel an britischen Schulen und Universitäten, die in Lehre und Forschung inzwischen völlig eindimensional auf die Bedürfnisse der Wirtschaft festgelegt sind, und die die Lernenden vor allem optimal auf ihre Rolle als Ressource für den Markt vorbereiten möchten, spielt im deutschen Bildungssystem die Entwicklung der Eigenständigkeit, die Anleitung zur Kritikfähigkeit, die Erziehung zur Mündigkeit, und die Vermittlung von normativen Maßstäben, an denen die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse kritisch gemessen werden können, durchaus noch eine wichtige Rolle. Da gibt es also gewisse Freiräume, die zur Verteidigung überkommener Subjektivitätsverständnisse und Demokratieideale, zur Erinnerung an die Würde des Menschen, genutzt werden könnten. Die vertrackte Frage ist allerdings, ob und wie man dabei vermeiden kann, am Ende doch wieder nur die simulative Demokratie weiter zu befestigen.